CSU

Ortsverband Berg am Laim

Artikel vom 30.03.2023

Bebauungsplan 2127 Truderinger Straße

Forderungen zum Bau des neuen Quartiers

Trotz zahlreicher Einwände aus dem Stadtteil hat der Münchner Stadtrat im letzten Jahr den Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan 2127 Truderinger Straße/Roßsteinstraße/Schwanhildenweg gefasst. Diesen wollen die Investoren nun offenbar zügig realisieren.

Die CSU-Fraktion im Bezirksausschuss Berg am Laim, die den Bebauungsplan schon in der Vergangenheit kritisch begleitet und diesem nicht zugestimmt hat, hat hierzu mehrere Anträge im Bezirksausschuss gestellt, die in der letzten Sitzung verabschiedet wurden.

Hochhaus in Stadtgestaltungskommission beraten!

Zum einen soll der Entwurf für das geplante 15-stöckige Hochhaus mit einer Höhe von ungefähr 50 Metern in der Münchner Stadtgestaltungskommission öffentlich von Fachpublikum und Politik diskutiert werden. Das Hochhaus, das vor Ort immer auf große Kritik gestoßen ist, stellt einen weithin sichtbaren Bezugspunkt im Stadtteil dar, der sowohl von der begleitenden Grünanlage des Hachinger Bachs als auch von den Bahngleisen und vom Stadtteilzentrum wahrnehmbar sein und den Kaltluftstrom negativ beeinflussen wird. Das bedeutet aus CSU-Sicht besondere Anforderungen an die architektonische Gestaltung und die ökologische Qualität der Planung.

Erste Entwürfe und Ansichten lassen aber vermuten, dass dies nicht gewährleistet wird. „Die ersten Entwürfe wecken eher Erinnerungen an die Architektur in der ehemaligen DDR. Moderne, hochwertige Architektur sieht anders aus!", findet Fabian Ewald, Stadtrat und Planungsausschussvorsitzender im Bezirksausschuss.

Daher soll aus Sicht der CSU das etablierte Gremium der Stadtgestaltungskommission die Pläne für den Abschnitt WA1 öffentlich diskutieren und beurteilen.

Pläne für Straßenumbau vorstellen, BA einbeziehen!

Zweite Forderung: die Pläne für den erforderlichen Umbau der Truderinger Straße in diesem Abschnitt sollen zeitnah dem Bezirksausschuss vorgelegt werden – inklusive einer Zeitschiene für die Bauabwicklung, aus der hervorgeht, wie Belastungen für die Anwohnerinnen und Anwohner nach Möglichkeit reduziert werden.

Neben neuen Gehwegen und radentscheidskonformen Radwegen sind in diesem Abschnitt der Straße viele Bedarfe abzudecken: die An- und Abfahrt zu den drei geplanten Kitas, der Lieferverkehr für das im Inneren autofreie Verkehr, mehrere neue Tiefgaragenzufahrten, eine Querungsmöglichkeit für Fußgänger und Radfahrer sowie eine neue Bushaltestelle. Die Leistungsfähigkeit der Truderinger Straße muss angesichts von prognostizierten 2.300 zusätzlichen Fahrten aus dem neuen Quartier erhalten bzw. sogar verbessert werden, um Stau und Belastungen zu verhindern.

Dass das städtische Mobilitätsreferat die Maßnahme alleine als „Radentscheidsmaßnahme" bezeichne und der Bezirksausschuss vor einer schon geplanten Öffentlichkeitsveranstaltung zu dieser „Radentscheidsmaßnahme" keine Informationen über die Pläne erhalte, hält die CSU für den falschen Weg.

„Das ist aus unserer Sicht nicht nur Etikettenschwindel, sondern auch eine Missachtung der gewählten politischen Vertretung der Bürgerinnen und Bürger in Berg am Laims durch das städtische Mobilitätsreferat", so Ewald. Eine Diskussion des Planungsstands in einer öffentlichen Sitzung des Bezirksausschusses wäre aus seiner Sicht zunächst der richtige Schritt gewesen, statt bereits fertige Pläne öffentlichkeitswirksam zu verkaufen und den Stadtteil vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Der Inhalt der Umbaumaßnahme müsse zudem vollständig und richtig kommuniziert werden, statt sich nur auf das Schlagwort „Radentscheid" zurückzuziehen.

Insbesondere stößt bei der CSU auf Kritik, dass entlang der Truderinger Straße mit dem Umbau 50 Parkplätze entfallen und sich der Fahrradverkehr in einigen Abschnitten die Fahrbahn mit Bussen und Autoverkehr teilen muss. Das und die vorgesehene Anordnung von Tempo 30 bremst zudem alle anderen aus und widerspricht nachweislich dem Ziel der Beschleunigung des Öffentlichen Nahverkehrs, findet die CSU.

Fassadenbegrünung einplanen!

Dritte Forderung: in dem Quartier soll Fassadenbegrünung eingeplant werden, wo dies möglich ist.

In den ersten Entwürfen ist das nicht enthalten. Eine Fassadenbegrünung würde sowohl zu einem besseren Mikroklima als auch zu einer gefälligeren Gestaltung beitragen. Gerade in einem Quartier, in dem eine städtische Wohnungsbaugesellschaft einen Teil der Wohnungen übernimmt, sollte man bei dem Thema mit gutem Beispiel vorangehen. Ein grüner Fassadenanstrich kann aus Sicht der CSU nicht die Funktion einer Fassadenbegrünung ersetzen.